

# Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Wahlkampfauftakt mit Petr Bystron	4
Bürgerdialog mit Roland Magerl	5
Gedenken in Würzburg	6
Sommerfest und "1000 Tage Landtag"	7
Martins Blog 2021	8-9
Verabschiedung der Fregatte "Bayern"	10
Wandern, Zelten und Grillen mit der Jungen Alternative	11
Die CSU-Amigos und die Maskenaffäre	12-13
Politischer Gillamoos 2021	14
AfD im Wahlkampf (Oberfranken und Südthüringen)	15-17
Martin Hebner – ein unvergessener Patriot	18
AfD klärt auf: die bayerischen "AnkER-Zentren"	19-21
100 Jahre Coburg bei Bayern	22
Neuwahl des Landesvorstands	23
Im Plenum: Gegen die Übergriffigkeit der EU	24-25
Europapolitisches Jahrestreffen in Berlin	26
Impressionen	27



#### **Vorwort**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde der Alternative für Deutschland.

Merkel ist Geschichte – was wie eine gute Nachricht klingt, darf nicht über die tiefen Kratzer hinwegtäuschen, die sie an Volk und Wirtschaft hinterlassen hat. Mit der aufziehenden Ampel kann daraus noch ein heftiger Totalschaden werden. Der rot-grüne Narrensaum versucht alles, um die abstrusen Klimaziele durchzuboxen Fremde und durch nichts dazu legitimierte Mächte versuchen, uns in konformes Verhalten zu zwingen. Warum muss ich da immer an den Vertrag von Versailles denken? Auch damals waren es die unerfüllbaren Forderungen fremder Mächte, die unserem Volk erst Knechtschaft. Armut, Inflation und dann Diktatur und Krieg brachten.

Diese Reise will ich nach 100 Jahren nicht wiederholen! Deswegen ist mir, ist unse-

rer Alternative für Deutschland und ist uns allen die Souveränität unserer Nation so wichtig.

Die Knechtschaft durch Abkommen internationaler Konferenzen findet ihr Ende mit der Nichtanerkenntnis solcher Verträge durch unser Parlament. Das Gängeln durch EU-Schergen endet mit der Rückabwicklung der EU auf den Stand der EWG, ersatzweise mit einem schmerzvollen, aber heilsamen DEXIT. Die Armut bekämpfen wir, indem wir das millionenfache Plündern unserer Sozialkassen unterhinden, zugleich eine patriotische deutsche Familienpolitik durchsetzen und eine soziale Energiepolitik mit Fokus auf saubere Kernenergie anstrengen. Inflation bremsen wir durch die Rückkehr zu unserer D-Mark, also zu einer stabilen Währung, deren Hoheit unsere Bundesbank innehat.



Unsere etablierte Politik fühlt sich dafür nicht zuständig. Sie rettet lieber die Welt, als das eigene Feld zu bestellen. Aber Geostrategie ist bedeutend wichtiger als NGO-Geschwurbel, Grenzschutz hilft weiter wie Gendern, und Gebirgsjäger sind meist hilfreicher als Gutmenschen. Für den Ruf nach unseren Idealen der Heimat und der Freiheit lasse ich mich wöchentlich im Plenarsaal mit Worten prügeln. Ich erdulde es gerne und voller Stolz, weil ich weiß, dass Ihr alle aufrecht und stabil an meiner Seite steht. Dafür danke ich Euch von ganzem Herzen.

Gott mit uns und unserem Freistaat!



## Wahlkampfauftakt mit Petr Bystron

Zum Wahlkampfauftakt hatte am 18. Juni unser AfD-Kreisverband Lichtenfels ins Stadtschloss der Gemeinde eingeladen, und viele Mitglieder und interessierte Bürger ließen sich das nicht entgehen. Theo Taubmann, Direktkandidat des Wahlkreises, analysierte fundiert das Wahlprogramm der Grünen und zeigte auf, was uns im Fall einer Regierungsbeteiligung dieser Öko-Extremisten in diversen Politikfeldern erwartet: mehr Gängelung, mehr Migration, weniger Freiheit und die komplette Schleifung unserer kulturellen Identität.

Zweiter Redner war Petr Bystron (MdB), ehemaliger bayerischer AfD-Landesvorsitzender, der für seinen Auftritt eigens aus Prag angereist war, wo er mit dem tschechischen Ex-Staatspräsidenten Vaclav Klaus dessen 80. Geburtstag vorgefeiert hatte. Bystron vertiefte das Thema,

indem er etwa darstellte, was eine grüne Regierung für die heimische Automobilindustrie bedeuten würde, nämlich den Abbau von 400.000 Arbeitsplätzen infolge des ideologisch motivierten Schwenks zur Elektromobilität.

Eindrücklich führte er dem Publikum auch noch einmal vor Augen, wie der zur Ausgewogenheit und Neutralität verpflichtete öffentlich-rechtliche Rundfunk tatsächlich die Grünen protegiert und die AfD entweder ignoriert oder verteufelt. Das Publikum dankte es den Vortragenden mit einer regen Beteiligung an der Frage- und Diskussionsrunde. Petr Bystron stellte außerdem sein aktuelles Buch "Make Europe Great Again" vor, in dem er populäre rechtskonservative Politiker von Viktor Orbán bis Matteo Salvini porträtiert und den Lesern ihre Erfolgsgeheimnisse verrät.





## Bürgerdialog mit Roland Magerl

Am 23. Juli hatte unsere Landtagsfraktion – vertreten durch meinen Kollegen Roland Magerl (MdL) und mich – zu einem Bürgerdialog nach Kronach eingeladen. Dazu durften wir viele Freunde aus den Kreisverbänden Coburg/Kronach und Lichtenfels sowie weitere Teilnehmer begrüßen. Sinn und Zweck war es, ein paar authentische Eindrücke aus unserer Landtagsarbeit zu vermitteln. Dazu haben wir anhand aktueller Beispiele gezeigt, zu welchen Anlässen (Dringlichkeitsanträge, hochgezogene Anträge, Gesetzentwürfe) wir Redebeiträge im Plenum halten.

Wichtig ist, dass Reden wie etwa auch Zwischeninterventionen nie Selbstzweck sind, sondern immer auch dazu dienen, unsere Botschaften breit unters Volk zu streuen. Die Teilnehmer wurden herzlich eingeladen, den YouTube-Kanal unserer Fraktion fleißig zu nutzen. Dort sind die

Redebeiträge meist schon kurz nach den Plenarsitzungen abrufbar. Wer sich speziell für meine Reden interessiert, findet die Verweise dazu auf meiner Seite <a href="https://www.mdl-boehm.de">www.mdl-boehm.de</a> unter dem Menüpunkt "Im Parlament".

Beim Bürgerdialog haben wir die Gelegenheit genutzt, den Gästen unsere Kampagne "Sichere Städte statt 'Sichere Häfen" vorzustellen. Der Hintergrund: Viele bayerische Städte und Gemeinden haben sich meist auf Bestreben links-grüner Kommunalpolitiker zu "sicheren Häfen" erklärt. Das bedeutet: Sie wollen freiwillig mehr Migranten aufnehmen, als sie müssen, besonders angeblich "aus Seenot Gerettete". Das sind solche, die von Schlepper-NGOs, die eng mit Linksextremisten kooperieren, aus dem Meer gefischt und in die EU gebracht werden.







### Gedenken in Würzburg

Drei tote Frauen (24, 49, 82) und zahlreiche teils schwer, teils leicht verletzte Kinder, Frauen und Männer: Dies war die blutige Bilanz eines messerschwingenden Somaliers, der am 25. Juni im Kaufhaus Woolworth in Würzburg und auf der Straße seinen Blutrausch auslebte. Wie immer in solchen Fällen war der Täter natürlich "schuldunfähig". Auch kam später heraus, dass er deutlich älter ist, als er ursprünglich angegeben hatte – bei seiner Einreise nach Deutschland 2015.



Es folgte das übliche Muster nach derartigen Tragödien: Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) eilte flugs zum Tatort, und Ministerpräsident Markus Söder (CSU) bekundete seine Trauer und dankte den beherzten Bürgern, der Polizei und den Rettungskräften für ihren Einsatz. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier war "erschüttert", und Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt (CDU) warnte in einem offenen Brief vor pauschalen Verurteilungen.

Natürlich sind die Toten und Verletzten letztlich Opfer einer verfehlten Migrationspolitik, die sich mehr um "unschöne

v.l.n.r.: Martin Böhm, Christoph Maier, Katrin Ebner-Steiner (alle MdL Bayern), Björn Höcke (MdL Thüringen) Bilder" an der Grenze sorgt als um die Sicherheit der eigenen Bevölkerung. Am 2. Juli bin ich gemeinsam mit 15 Landtags-Kollegen aus Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen in Würzburg gewesen, um der arglosen Opfer tickender Zeitbomben zu gedenken, die von Merkel & Konsorten mit falschen Anreizen in



## Sommerfest und "1000 Tage Landtag"

Das Sommerfest unseres Kreisverbands Coburg/Kronach fand am 1. August in Stockheim statt, und ich war überwältigt, wie viele Freunde aus Franken, Bayern und Thüringen den Weg zu uns gefunden hatten. Sogar aus Berlin war eine kleine Abordnung mit Jessica Bießmann (damals noch MdA) dabei. Sehr gefreut habe ich mich auch über die Teilnahme meiner Landtagskollegen Richard Graupner und Stefan Löw.

Natürlich gab es zünftige Blasmusik von den "Hiesigen" sowie deftiges Essen und kühle Getränke. Es sollten bewusst mehr die Geselligkeit und das Gespräch im Vordergrund stehen, denn Gemeinschaft darf in einer patriotischen Bewegung nie zu kurz kommen. Etwas politisch wurde es dann doch, denn ich habe die Gelegenheit genutzt, unseren Gästen mein frischgedrucktes Flugblatt "1000 Tage für Euch im Landtag" vorzustellen – als kleine

Zwischenbilanz meiner Arbeit im Maximilianeum.

Für Euch, für meine Freunde und Mitstreiter, für die Bürger in Franken und Bayern, stehe ich mit meiner Arbeit ein. Und ob es um Ausschusssitzungen, um Reden, Interventionen, um Anfragen oder Anträge geht: Ich vergesse nie, dass all dies in Eurem Auftrag geschieht und ich eine Stimme für Eure Interessen sein möchte. Mit dem Flyer soll deshalb auch ein wenig Transparenz geschaffen werden, da sich manch einer gewiss fragen wird: "Was tut der Böhm im Landtag eigentlich so?"



Mit diesem QR-Code wird ein kleines Video mit Impressionen des Sommerfests aufgerufen.



Mit Jessica Bießmann, Stefan Löw (links) und Richard Graupner beim Sommerfest



### **Martins Blog 2021**

Seit 1. September 2019 besteht auf meiner Webseite www.mdl-boehm.de mein Blog, auf dem ich zwar nicht täglich, aber je nach Anlass und Bedarf über meine Arbeit informiere oder und meine Sicht zu Themen vorstelle, die uns in Franken, Bayern und unserem deutschen Vaterland beschäftigen. Hier nun einige ausgewählte Auszüge aus Blog-Beiträgen aus dem Jahr 2021.

#### 25. Januar 2021

Es knirscht immer mehr im Gebälk der bayerischen Koalition. Wirtschaftsminister und FW-Chef Hubert Aiwanger ist der Ansicht, dass man den Bürgern und Unternehmen nach ewigem "Lockdown" endlich mal wieder eine Perspektive bieten sollte. Das hat bisher nur die AfD so gesehen und immer wieder ausgesprochen. Ministerpräsident Söder bleibt jedoch stur bei seinem unsäglichen Kurs der maximalen Belastungen und Beschränkungen.

#### 4. März 2021

Nun hat also das Bundesamt für Verfassungsschutz unsere Gesamtpartei zum Verdachtsfall erklärt. "Rechtsextremismus" werfen uns die Bundes-Oberschlapphüte vor. Wie absurd, wie lächerlich und wie durchschaubar. In einem Superwahljahr der einzig verbliebenen Opposition am Image kratzen zu wollen, nutzt ausschließlich den Etablierten. Und die nehmen das auch dankbar zur Kenntnis. Eine Behörde, die nur noch als willfähriger Schutzwall überkommener Machtstrukturen fungiert, ist in dieser Form nutzlos und demokratiepolitisch nicht ein Teil der Lösung, sondern ein Teil des Problems.

#### 9. April 2021

Als Möchtegern-Despoten spielen sich auch mal wieder die Grünen auf. Jetzt wollen sie verhindern, dass unserer parteinahen Desiderius-Erasmus-Stiftung jemals staatliche Zuschüsse zukommen. Ein neues Gesetz soll es richten, dass eine "korrekte"

Gesinnung die politische Chancengerechtigkeit aussticht. Der wissenschaftspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion. Kai Gehring, begründete den Vorstoß so: "Eine öffentlich geförderte Institution, die Rassismus, Antisemitismus, Frauen- und Oueerfeindlichkeit mit intellektuellem Anstrich den Boden bereitet, wäre eine schwere Hypothek für unsere Demokratie." Falsch, Herr Gehring. Dass jemand, der statt Argumenten nur solch hanebüchene Unterstellungen und primitive Phrasen zu bieten hat, "wissenschaftspolitischer" Sprecher einer Bundestagsfraktion sein kann: Das ist eine Hypothek und ein Armutszeugnis für unsere Demokratie.

#### 11. Mai 2021

Mit Albanien und Nordmazedonien kämen zwei weitere "Nehmerstaaten" in die EU, was zu unmittelbar höheren Belastungen für den deutschen Steuerzahler führen würde. Wir befinden uns ja jetzt schon – mit dem Segen aus Karlsruhe – in einer Schul-

den- und Haftungsunion. Die EU-Spitze ist anscheinend der Meinung, die Melkkuh Deutschland kann immer noch ein wenig mehr ausgepresst werden. Wir als AfD sagen: Schluss damit! Diese EU ist nicht mehr reformierbar, sie entwickelt sich kontinuierlich weg von einem maßvollen, vernünftigen Kurs. Um aus dieser Falle herauszukommen, hilft nur ein möglichst rascher DEXIT!

#### 5. Juli 2021

Die Ständige Impfkommission "sollte dringend überlegen, wann sie das Impfen von Jugendlichen empfiehlt". Das verbreitete der bayerische Ministerpräsident Markus Söder gestern – offenbar ernstgemeint – per Twitter. Und weiter: "Wir erhöhen damit den Schutz für alle und geben einer Generation, die auf viel verzichten musste, wieder Freiheiten zurück. Das wirksamste Mittel gegen die Delta-Variante ist die Schülerimpfung." Es ist ein typisches Söder-Zitat. Experten gelten nur

etwas, wenn sie die eigene Ansicht stützen. Wenn nicht, werden sie auf besserwisserisch-arrogante Art belehrt und unter Druck gesetzt.

#### 10. August 2021

Und wieder eine bundesdeutsche Meisterleistung. 2020 hat Deutschland mit 19,4 Milliarden Euro einen Rekordbeitrag in den EU-Haushalt eingezahlt – in den Etat jener EU, die uns schleichend auch noch der letzten Reste unserer nationalen Souveränität berauben will. Frankreich hat mit 9,5 Milliarden weniger als halb so viel bezahlt, Italien mit 6,3 Milliarden weniger als ein Drittel. In einem Jahr extremster Belastungen und extremster Neuverschuldung steht man fassungslos vor einer solchen Nachricht.

#### 27. Oktober 2021

Die EU hat gegenüber Polen die nächste Eskalationsstufe gezündet. Auf Antrag der EU-Kommission hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) heute unseren östlichen Nachbarn zu einem Zwangsgeld von einer Million Euro täglich verurteilt. [...] Die Regierung in Warschau sieht das Urteil als Kompetenzüberschreitung der EU und Angriff auf die eigene Souveränität an. Eine in jeder Hinsicht nachvollziehbare Sicht, schließlich ist die EU kein Imperium und die Mitgliedstaaten keine Provinzen, sondern Rechtsstaaten mit eigenen Verfassungen. Gerade jetzt, wo die EU an ihrer Ostflanke durch die von Weißrusslands Machthaber Lukaschenko aggressiv eingesetzte Migrationswaffe bedroht wird und Polen nicht nur das eigene Territorium, sondern die Außengrenze der EU so gut wie möglich zu schützen versucht, wäre ein wenig mehr Solidarität angebracht – nicht obrigkeitliche Schikanen.





## Verabschiedung der Fregatte "Bayern"

Am 2. August hatte ich die große Ehre, als einziger aktiver Abgeordneter des Bayerischen Landtages die Fregatte, die den Namen unseres Bundeslandes trägt, in Richtung des anderen Endes der Welt zu verabschieden. Die oft kritischen Zeitungsberichte zu dieser Mission lassen wichtiges weg und verdrängen eins vollkommen: Hier dienen 243 Kameradi

nen und Kameraden Deutschland! Und das sieben Monate lang auf hoher See mit vermutlich (coronabedingt) extrem wenig Möglichkeiten zum Landgang.

Schweifen meine Gedanken zu dem Besuch an Bord und zu den ausführlichen Gesprächen mit dem erfahrenen Fregattenkapitän Tilo Kalski und den Kameraden der Mannschaft, dann bekomme ich jetzt noch Gänsehaut. Soviel Motivation, verbunden mit allerbester innerer Haltung und verbunden mit seemännischer Besonnenheit, nötigt mir höchsten Respekt ab! Heute schon freue ich mich darauf, im Februar die Kameraden nach langer Fahrt in der Heimat wieder willkommen zu heißen. Gute Reise und in Treue fest!



## Wandern, Zelten und Grillen mit der Jungen Alternative

Unsere schöne Heimat auf Wanderungen zu erkunden und zu genießen, gehört traditionell zu den Aktivitäten der Jungen Alternative Bayern (JA). Das war auch 2021 nicht anders, und auch dieses Jahr bin ich wieder mitgewandert und habe die Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit unseren jungen Nachwuchspolitikern genutzt. So liefen wir Ende Juni am Ludwig-Donau-Main-Kanal entlang und erkundeten die vielseitige Landschaft.

Mit Ferdinand Mang (links) und Petr Bystron beim Grillen

Insbesondere die ausgewaschenen Steinformationen um die Karlshöhle an der Schwarzachklamm sind ein Naturschauspiel, das uns beeindruckt hat.

Mitte September führte die JA ihr dreitägiges Sommerzeltlager in der Nähe von Nürnberg durch, in dessen Rahmen auch ein Sommerfest auf dem Programm stand. Petr Bystron (MdB) sowie mein Landtagskollege Ferdinand Mang und ich haben



uns mit viel Spaß an der Sache als "Grillmeister" betätigt. Unsere Jugendorganisation in Bayern ist darüber hinaus bei Demos und Kundgebungen, bei Infoständen, Gedenkveranstaltungen und Lesekreisen aktiv gewesen. Neben der Politik im engeren Sinne kamen auch Sport, Kultur und Bildung nicht zu kurz, soweit es die Einschränkungen der Anti-Corona-Maßnahmen zugelassen haben. Notfalls wurde auf Online-Formate ausge-



### Die CSU-Amigos und die Maskenaffäre

Zu den übelsten Begleiterscheinungen einer Krise gehört der Typus des "Krisengewinnlers", der sich am Elend anderer und oft auf Kosten der Gemeinschaft schamlos bereichert. Bei Razzien zuerst im Februar und dann im März waren Georg Nüßlein (CSU-MdB) und Alfred Sauter (CSU-MdL) ins Visier der Justiz geraten, die mit Maskengeschäften über dubiose Konstruktionen richtig abkassiert haben sollen. Sauter sitzt seit 1990 im Maximilianeum, war 1998/99 kurzzeitig bayerischer Justizminister und hatte in drei Ressorts als Staatssekretär der bayerischen Regierung angehört.

Im April zog die Affäre auch durch Berichte der "Süddeutschen Zeitung" weitere Kreise. Millionen Euro sollen die Verdächtigen als Vermittlungsprovisionen eingestrichen haben. Georg Nüßlein ist dann aus der CSU ausgetreten, hat sein Mandat aber erst nach erheblichem Druck zurück-

gegeben. Sauter hat dagegen nur die CSU-Fraktion verlassen, sitzt jedoch weiterhin im Maximilianeum. Laut "Süddeutscher Zeitung" haben Zeugen ausgesagt, "für den Bund habe man Nüßlein gebraucht, für das Land Bayern Sauter".

Schon am 3. März 2020 hatte das bayerische Gesundheitsministerium eine Million FFP2-Masken zum stolzen Stückpreis von 8,90 Euro bei der Schweizer Firma Emix geordert. Kurz darauf bestellte das Ministerium noch Zehntausende Schutzanzüge für 18,90 pro Stück – beides Nettopreise. Vermittlerin war die umtriebige Lobbyistin Andrea Tandler, Tochter des ehemaligen bayerischen Finanzministers Gerold Tandler (CSU), der 1990 über einen Privatkredit des umstrittenen "Bäderkönigs" Eduard Zwick gestolpert war, Amt und Mandat aufgab und einfach in den Vorstand der Linde AG wechselte.

Andrea Tandler hatte im Frühjahr wohl eine alte Freundin angerufen, die CSU-EU-Abgeordnete Monika Hohlmeier, Tochter des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Wie Hohlmeier angab, hat sie das Anliegen dann an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und die damalige bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) weitergeleitet. Im Bund kam nur ein Geschäft mit OP-Masken zustande, in Bayern dagegen der Deal mit den FFP2-Masken zu horrenden Stückpreisen.

Zu diesem Vorgang hat mein Büro schon am 19. Januar eine Anfrage bei der Staatsregierung gestellt, die ihr offenbar unangenehm war. Sie setzte auf Verzögerung. Kurz vor Fristablauf bat sie um weitere vier Wochen Zeit zur Beantwortung. Zwei gestand ich zu, am Ende wurden es drei. In der Antwort vom 8. März wurde der Millionendeal mit den FFP2-Masken

bestätigt. Zu der Bestellung bei Emix habe es angeblich keine Alternative gegeben. Im März 2020 war angeblich "weder absehbar, wie lange der Marktengpass anhalten würde, noch bestand Klarheit über die weitere Entwicklung der krisenhaften Situation". Deshalb sei auch die Einholung weiterer Angebote nicht möglich gewesen.

Doch die Begründung der Söder-Regierung für den angeblich alternativlosen Kauf von FFP2-Masken zu einem Wucher-Stückpreis von 8,90 Euro war schon deswegen hanebüchen, weil es im ganzen Jahr 2020 überhaupt noch keine flächendeckende FFP2-Maskenpflicht in Bayern gab. Bereits damals hat die AfD-Fraktion daher einen Untersuchungsausschuss gefordert. Diese Forderung haben wir im Juli mit einem förmlichen Antrag bekräftigt. Der Ausschuss sollte mögliches Fehlverhalten aller mit der Maskenbeschaffung befassten Behörden, einschließlich der zuständigen Staatsministerien, der Staatskanzlei und der politischen Entscheidungsträger, aufdecken.



In namentlicher Abstimmung haben sowohl Regierungsfraktionen wie Opposition unseren Antrag abgelehnt, wie sie es mit allen unseren Initiativen tun. Anti-AfD-Symbolpolitik ist immer wichtiger als sachlich gebotene Entscheidungen. Das hat die sogenannte Opposition in Bayern -Grüne. SPD und FDP - aber nicht davon abgehalten, unsere Forderung aufzugreifen und ihrerseits die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu betreiben. Vor der Öffentlichkeit konnten sie sich so als große "Aufklärer" aufspielen, und die Medien haben sie dabei tatkräftig unterstützt Der Ausschuss soll – Stand Oktober - noch 2021 starten.



#### **Politischer Gillamoos 2021**

Der Gillamoos im Landkreis Kelheim hat als Volksfest eine mehr als 700jährige Tradition, und die politischen Reden am letzten Festtag haben ihn überregional bekannt gemacht. Wegen der Corona-Bestimmungen fielen Jahrmarkt mit Volksfest und Bierzeltbetrieb dieses Jahr aus, und der "größte Stammtisch der Republik" konnte am 6. September nur im

Der größte Stammtisch der Republik
Einlass: 09 Uhr GILLA
Mactage, deginnen 2021
Sechentgenber Abernheig: MOOS

sei Geraf Marriner jast, 2 auch Lindersprichtenker,
Korten Eberser-Steiner vanct, Markus Bochheit inder
Andreas Worthart zusch, Markus Bochheit inder
sendenkert zus Ebens Fritz (knobensterenbe Gerettenscheit)

Freien stattfinden. Vor interessiertem Publikum waren wir im Schlossgarten Abensberg mit einer Reihe engagierter Reden präsent. Aus dem EU-Parlament war Markus Buchheit zu uns gekommen und aus dem bayerischen Landtag Katrin Ebner-Steiner, Gerd Mannes, Andreas Winhart und ich.

So ganz ignorieren konnte uns die etablierte Presse nicht, daher fand zumindest die Rede unserer Katrin auszugsweise ihren Weg in die Berichte. Wir hätten

se ihren Weg in die Berichte. W

Mit Katrin Ebner-Steiner, damals noch Vorsitzende unserer Fraktion im Landtag.

"den politischen Gillamoos für einen Rundumschlag gegen die politische Konkurrenz" genutzt, schrieb etwa die "Süddeutsche Zeitung" und zitierte Katrin: "Niedergang hat einen Namen: Markus Söder." Der "Krisenkönig" quäle die Republik mit seinen Corona-Zwangsmaßnahmen, und die Freien Wähler als "Scheinopposition" tragen diese Politik mit. "Aiwangern' ist der neue politische Begriff der politischen Beliebigkeit." Natürlich bekamen auch SPD und Grüne ihre verdiente (verbale) Abreibung.



## AfD im Wahlkampf (Oberfranken und Südthüringen)

Die Bundestagswahl hat unseren Aktiven viel abverlangt. Es wurde fleißig plakatiert, und an so manchem Samstag waren wir in unserem oberfränkischen Wahlkreis gleichzeitig in mehreren Städten und Gemeinden mit Infoständen präsent. Dabei gab es zuweilen Kritik, aber auch sehr viel Zuspruch und Interesse unserer Mitbürger. Bei einer Gelegenheit mussten wir gar vorzeitig die Arbeit einstellen, weil unser Infomaterial restlos weggegangen war. Wichtig war es uns, genau zuzuhören, welche Themen und Probleme den Men-

schen auf dem Herzen liegen. Es gibt eben selten so gute Möglichkeiten, ins direkte Gespräch zu kommen, wie im Wahlkampf.

Sehr tapfer und engagiert geschlagen hat sich unser Direktkandidat für den Wahlkreis 236, Sebastian Görtler. Als Kreisrat im Landkreis Kronach hat er bereits kommunalpolitische Erfahrung. Während des Wahlkampfs war er nicht nur auf der Straße unterwegs, sondern hat sich auch den Medien gestellt. Ob in Zeitungsporträts oder beim Regionentalk von Cobur-

ger Tageblatt, Radio Eins, der Sparkasse Coburg-Lichtenfels und iTV im Kongresshaus Rosengarten – er hat eine gute Figur gemacht und die AfD sympathisch und sachkundig repräsentiert. Der Dank: Bei den Erststimmen hat er bei der Wahl am 26. September hinter den Kandidaten von CSU und SPD mit 9,7 Prozent den dritten Rang belegt.

Bei den Zweitstimmen kam die AfD im Wahlkreis sogar auf 10,4 Prozent und konnte trotz leichter Verluste den dritten







Platz, den unsere Partei auch 2017 schon belegt hatte, verteidigen. Gegen zwei prominente Gegner war unser Freund Jürgen Treutler aus Sonneberg im Südthüringer Wahlkreis angetreten: den ehemaligen Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans Georg Maaßen (CDU) und den Ex-DDR-Biathlon-Olympiasieger Frank Ullrich (SPD). Ullrich konnte dann mit Abstand den Sieg davontragen, auch weil die Linksaußen-Truppe Campact massiv dafür Reklame gemacht hat, den SPD-Kandidaten zu wählen, um Maaßen zu verhindern.

Mit 21,2 Prozent landete Jürgen Treutler bei den Erststimmen im Wahlkreis Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghau-



sen – Sonneberg nur sehr knapp hinter Maaßen, bei den Zweitstimmen war die AfD dagegen mit 26,4 Prozent stärkste Kraft. Gerne habe auch ich im Wahlkampf die Thüringer Kameraden unterstützt, etwa am 17. September auf dem Rathausplatz in Sonneberg. Gekommen war auch der Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke. Das rief – wie fast immer – linke Demonstranten auf den Plan, die lautstark zu stören versuchten,





aber eher ein armseliges Bild abgaben. Für unser Bürgerfest hatten sich weitaus mehr Menschen interessiert.

Auch in diesem Wahlkampf waren Gegner wieder bestrebt, mit Vandalismus, Drohungen und Gewalt unseren Erfolg zu behindern. Diffamierungen und haltlose Unterstellungen gehörten ebenfalls dazu. Von all dem waren Oberfranken und Südthüringen allerdings weniger betrof-





fen als andere Regionen in Deutschland. An dieser Stelle sei alle beteiligten Kreisverbänden, unseren äußerst einsatzfreudigen Wahlkämpfern sowie denen, die ideelle und materielle Unterstützung geleistet haben, herzlichen Dank gesagt. Ein großes Dankeschön auch an alle Wähler, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben und denen wir in den Parlamenten weiterhin eine vernehmliche Stimme geben werden.







Unsere Kandidaten in den Wahlkreisen 196 Jürgen Treutler (links) und 236 Sebastian Görtler



## Martin Hebner – ein unvergessener Patriot

Im Alter von nur 61 Jahren ist am 7 Juli nach einer schweren Erkrankung unser Freund und Kamerad Martin Hebner gestorben. Er hinterlässt eine Frau und vier Kinder. Als Spitze der bayerischen Landesliste war Martin 2017 in den Bundestag eingezogen und hatte die AfD dort unter anderem im Ausschuss für EU-Angelegenheiten vertreten. Weitere Schwerpunkte seiner politischen Arbeit waren direkte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Digitalisierung. Beruflich war er als selbstständiger IT-Berater tätig. "Wir verlieren in ihm einen außergewöhnlich liebenswerten, zugleich bescheidenen und hoch engagierten Kollegen", so unsere Bundespartei per Twitter.

Trotz seiner zurückhaltenden Art und ungeachtet seiner Krankheit waren er persönlich und das Haus, in dem er mit seiner Familie lebte, bis zuletzt Ziel von Attacken mutmaßlicher Linkskrimineller. Das wirft ein Licht auf die Schäbigkeit dieses Milieus. Vermutlich beigetragen zu seiner Unbeliebtheit bei Deutschland-Hassern hat sein unermüdlicher Einsatz für den Schutz unseres Vaterlandes vor der Masseneinwanderung nicht integrierbarer Fremder aus Asien und Afrika. Er war es, der Hintergründe und Folgen des unsäglichen UN-Migrationspakts ans Tageslicht gefördert hat, den die Kartellparteien heimlich, still und leise durchwinken wollten. Vergeblich – dank Martin Hebner.

Der Sprengstoff des Paktes liege darin, dass er "nur die Rechte der Migranten und eben nicht die Rechte der Aufnahmeländer definiert", erläuterte er Anfang 2019 in einem Interview. Dies befördert brandgefährliche Anspruchshaltungen, wie man im letzten Drittel des Jahres an der Grenze zwischen Belarus und Polen vor Augen geführt bekam. Die von Weißruss-

lands Diktator Alexander Lukaschenko zu Tausenden importierten Migranten glauben, gewaltsam in ein anderes Land eindringen und sich dort niederlassen zu können. Durch trügerische Bilder, falsche Anreize, Gerüchte und eben auch den Geist und Wortlaut solcher internationalen Verträge werden sie in ihrer Haltung bestärkt.



Martin Hebner (stehend neben mir) war auch in unserem Kreisverband zu Gast.

## AfD klärt auf: die bayerischen "AnkER-Zentren"

Als 2015 die sogenannte "Flüchtlingskrise" über Europa und Deutschland hereinbrach, wurden auch in Bayern in Windeseile Aufnahmeeinrichtungen aus dem Boden gestampft. Die Sammelunterkünfte – eine in jedem der sieben bayerischen Regierungsbezirke, oft mit zahlreichen Außenstellen – wurden 2018 in AnkER-Zentren umbenannt. Das steht für "Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung". Diese AnkER-Zentren sorgen immer mal wieder für Schlagzeilen, weil es dort ständig Konflikte, Streitereien oder regelrechte Ausschreitungen gibt.

Sie sind aber auch ein erheblicher Kostenfaktor, wie die Antworten auf insgesamt 14 Schriftliche Anfragen an die Staatsregierung ergeben haben, in denen sich mein Büro detailliert nach der aktuellen Situation in den Zentren erkundigt hat. Dabei wirkten meine Abgeordneten-Kollegen Katrin Ebner-Steiner, Christoph

Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang und Stefan Löw für ihre jeweiligen Bezirke mit. Die Resultate haben wir in dem Faltblatt "Die bayerischen AnkER-Zentren. Aktuelle Daten und Zahlen" für die Bürger des Freistaats aufbereitet.

Wie sich aus der Tabelle "Gesamtkosten" ergibt, kommt für den Zeitraum 2016 bis



2020 für alle Zentren ein Gesamtbetrag von 946 Millionen Euro zusammen. Größte Einzelposten sind dabei die Kosten für Sicherheit (knapp 334 Millionen) und Lebensmittelversorgung (knapp 170 Millionen). Hinzu kommen die Kosten für 2015 und die seit Anfang 2021 aufgelaufenen Aufwendungen sowie die bislang

nicht erstatteten Kosten für Sanierungen und sonstige Baukosten (Tabelle "Gebäudesanierungen Hochbau"). Addiert werden müssen außerdem die Kosten für Arzneimittel und medizinischen Bedarf, außerdem die von Bewohnern angerichteten Schäden. Insgesamt sind 1000 Millionen Euro eher die Untergrenze.

Ein besonderes Thema sind all jene Kosten, die für die Sanierung oder Neuerrichtung von Immobilien angefallen sind. Hier sind zwischen 2016 und 2020 knapp 101 Millionen Euro zusammengekommen, zuzüglich aller nicht im Hochbau entstandener Kosten. Ein Teil der Kosten ist erstattungsfähig, doch durch die jeweili-

#### Gesamtkosten

Tabelle 1	Gesamt	2016	2017	2018	2019	2020	
	In Euro						
Oberfranken	78.234.242.20	8.803.007/41	12.820.571,30	17.965.935.95	19.103,373,37	19:621:354,17	
Oberbayern	385.852.055,63	67.309.563,97	70.729.282,71	70.959.391,97	85.891.601,75	90.962.215,23	
Mederbayern	82,216,605,20	18,464,340,97	18.646,482,26	17.702.185.99	1387437534	19.389.220,84	
Oberpfalz	89.791.065,65	33.491.644,60	18.907.868,85	11.857.595,61	12.798.889,51	12.735.067,08	
Mittelfranten	135,189,569,98	45.84£630,49	3446049446	17588593,44	17,462.662,40	20.136.489.19	
Unterfranken	61.863.827,76	16.286.115,59	7.693.046,44	8.128.522,32	13.430.514,69	16,325.628,72	
Schwaben	113.048.627,39	23.268.073.79	19.594.938.80	17,491,452,68	25.953.961.27	26740,200,85	
Gesami	946,175,993,81						

gen Bezirksregierungen wurden bis zum Frühjahr nur gut 41 Millionen Euro – also etwa 40 Prozent – beim Bund geltend gemacht. Davon sind nur knapp 13 Millionen tatsächlich in die bayerischen Kassen zurückgeflossen, in drei Regierungsbezirken – Oberfranken, Mittelfranken und Schwaben – kam noch kein einziger Euro zurück. Ein Skandal!

Zumindest für das AnkER-Zentrum Bamberg habe ich Ende Mai per Pressemitteilung auf die 18,2 Millionen Euro aufmerksam gemacht, die für Gebäudesanierungen bislang anfielen, von denen nur 300.000 Euro geltend gemacht wurden. Über die restlichen 17,86 Millionen Euro, so teilte mir das federführend zuständige Innenministerium mit, stünden "die Re-

gierung von Oberfranken und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) im Austausch". Der Betrag werde "voraussichtlich in Kürze geltend gemacht". Das Verfahren unterliegt keiner Fristbindung, also heißt das Motto wohl: Eile mit Weile! Die Presse hat sich für diese Schande keinen Deut interessiert.

#### Gebäudesanierungen Hochbau

Tabelle 2	2015-2020	davon geltend gemacht	davon durch den Bund erstattet		
In Euro					
Oberfranken-	18,200,000,00	296 216,47	D		
Oberbayern	23.070.517,98	17.663.413,99	8.008.881,68		
Niederbayero	95.682,09	nicht abgehragt	nicht abgefragt		
Oberpfalz	28.126.000,00	6.115.701,03	3.376.218,12		
Mittelfranken	7,078,888,63	1506,298,85	D		
Unterfranken	15.402.364,81	9,471,788,15	1.526.398,91		
Schwaben	R-912/213/49	6.253,602,17	n n		
Gesamt	100.885.667,00	41.307.020,66	12.911.498,71		

### 100 Jahre Coburg bei Bayern

Eigentlich hätte der Festakt schon im Juli 2020 stattfinden sollen, doch aufgrund der Corona-Beschränkungen wurde er auf Anfang November 2021 vertagt. Sein Anlass war der Beitritt des ehemaligen Freistaats Coburg zu Bayern im Jahr 1920 – mithin ein 100-jähriges Jubiläum. Dazu fand sich auch Ministerpräsident Markus Söder im Kongresshaus Rosengarten in Coburg ein. Damals lautete die Frage für die Coburger: Thüringen oder Bayern? Entschieden wurde am 30. November 1919 per Volksentscheid, woran die heutigen Verächter der direkten Demokratie ungern erinnern. Seit der Abdankung von Herzog Carl Eduard ein Jahr zuvor war Coburg eine eigenständige Republik.

Bei der Volksabstimmung hatten sich mehr als 88 Prozent der Coburger für Bayern entschieden, das aus der Mehrheitsperspektive mehr Sicherheit bot als das neu entstehende Land Thüringen. In den Gesprächen mit München konnte überdies eine Reihe von Privilegien herausgeholt werden, wozu ein eigenes Landgericht gehörte, eine eigene Industrie- und Handelskammer und das Landestheater, das bis heute zum Teil vom Freistaat finanziert wird. Nach seiner Ratifizierung trat der Staatsvertrag am 1. Juli 1920 in Kraft, und Coburg gehörte fortan zu Bayern, konnte aber seinen fränkischen Charakter bewahren und entging der "Bajuwarisierung".

Dennoch bleibt natürlich die historische und kulturelle Verbundenheit Coburgs mit Thüringen, das über Jahrhunderte aus einem Konglomerat kleiner Länder und Herzogtümer bestand. Sie wurden mit dem Begriff der "thüringischen Kleinstaaten" bezeichnet – in Weimarer Zeiten sollte aus ihnen ein eigener Freistaat werden. Als AfD pflegen wir regionale

Besonderheiten, fühlen uns aber auch über Grenzen von Bundesländern miteinander verbunden. Schließlich sind und bleiben wir deutsche Patrioten, und das haben wir im Bundestagswahlkampf deutlich bewiesen: Anschluss an Bayern hin oder her, hier hat zwischen den Kameraden des Meininger Oberlandes und denen aus unserem Herzogtum kein Löschblatt Platz gehabt.



Das Volksbad, geschliffen 1977: Durch den Anschluss Coburgs kamen auch Badefreuden nach Bayern! (Postkarte von 1916)

### **Neuwahl des Landesvorstands**

Am 16. und 17. Oktober haben die bayerischen AfD-Mitglieder auf dem Landesparteitag in Greding einen neuen Landesvorstand, ein neues Landesschiedsgericht und die bayerischen AfD-Delegierten zum Konvent gewählt. Bei der Bewerbung um den Landesvorsitz hatte ich als Erster offiziell meinen Hut in den Ring geworfen. in der Abstimmung gab es dann ein Patt zwischen Martin Sichert und mir Daraufhin wurde die Wahl neu aufgemacht, und ich habe zugunsten von Stephan Protschka verzichtet, der schließlich mit knapp 52 Prozent die Wahl gegen Corinna Miazga und Martin Sichert für sich entschied und dem ich auch an dieser Stelle nochmal herzlich gratuliere und ihm für seine neue Aufgabe alles Gute wünsche.

Als nunmehr zweiter stellvertretender Vorsitzender werde ich Stephan Protschka einsatzfreudig unterstützen. Mit dem neuen Vorstand und den anderen Gremien sind wir aus meiner Sicht bestens aufgestellt, um uns auf Landtags- und EU-Wahlkampf 2023 vorzubereiten. Die Mainstream-Medien haben sich umgehend darauf geeinigt, einen nun bevorstehenden "Rechtsruck" der bayerischen AfD herbeizuschreiben. So ein Schmarrn! Nicht ob jemand etwas mehr in der Mitte oder etwas mehr rechts steht, ist bei uns wichtig. Es kommt allein darauf an, ob er als aufrechter Patriot tatkräftig mithilft, für unsere Freiheit, Souveränität und

Identität zu kämpfen. Unser Parteitag hat in diesem Sinne ein richtig starkes Signal ausgesendet.



Mit dem neuen bayerischen Landesvorsitzenden Stephan Protschka (MdB)



## Im Plenum: Gegen die Übergriffigkeit der EU

Ein Beispiel für meine Auftritte im Plenum ist die folgende Rede vom 29. September:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um das Bundesverfassungsgericht vor der Übergriffigkeit von EU-Organen zu schützen, ist ein breites Signal aller Landesparlamente erforderlich. Unser Hohes Haus verlässt damit keineswegs die originäre Ebene seiner Wirkmacht, ganz im Gegenteil. Jeder Angriff auf die Souveränität des Staates und seines Volkes bedarf der entschlossenen Antwort aller seiner gewählten Volksvertreter. Sie zieren sich, das zu formulieren. Wir tun es; denn genau dafür, meine Damen und Herren, wurden wir in dieses Hohe Haus gewählt.

Die Parteien, die heute im Reichstag am linken Bündnis basteln, erstreben damit die Kanzlerschaft des Mannes, der noch vor wenigen Wochen als Bundesfinanzminister mit seiner Antwort an die EU-Kommission die mutige und richtige Entscheidung unseres Bundesverfassungsgerichts einfach mal so relativierte. Welch dramatischer Kotau vor der Kommission, die versucht, mittels ihres Brüsseler Gewaltenkonglomerats unser Bundesverfassungsgericht in die Knie zu zwingen. Ich rufe Herrn Scholz zu: Unsere Werte und Institutionen sind eben keine Verhandlungsmasse!

Welch unwürdiges Einknicken vor der Kommission, die versucht, mittels eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen unser Land ihren unionalen Zentralismus mit Macht durchzusetzen. Dieser Macht dürfen wir niemals mit Ohnmacht begegnen. Unsere Antwort auf den unionalen Zentralismus heißt: souveräner Nationalstaat. Der Versuch der EU, die eigenen Kompetenzen gleichsam selbst zu definieren, widerspricht jedem begrenzten Kompetenzübertrag, den die Verträge kennen. Dieser Hun-

ger nach EU-Dominanz über alle Mitgliedstaaten ist mit unserer Verfassungsidentität unvereinbar. Welch ein Segen ist da die Unabänderlichkeitsklausel des Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz! Alle Bestrebungen des EuGHs, dem Bundesverfassungsgericht das Joch aufzuerlegen, verkommen vor ihr zur blassen Makulatur.

Unser Grundgesetz trägt die Farben Schwarz, Rot, Gold, und eben kein Blau mit irgendwelchen Sternchen obendrauf. Allen gewählten Volksvertretern stünde es gut zu Gesicht, sich dessen ab und an auch wieder bewusst zu werden. Mag eine Art EWG auch nützlich sein, das Herz der deutschen Identität schlägt einzig in den Grenzen unseres Staatsgebietes, und sonst nirgendwo. Eine EU, die unsere rechtsstaatlichen Prinzipien mit Füßen tritt, mittels Vertragsverletzungsverfahren unser höchstes Gericht beeinflussen will und zudem unsere unverrückbare Verfassungsidentität für

unbeachtlich hält, hat ihre Integrität verspielt.

Unser Deutschland ist gewiss nicht in der Büßerhaltung, sich von irgendeiner Kommission bestrafen lassen zu müssen. Nein. unser Deutschland zieht den Kahn, von dem aus diese Kommissare Schmutz auf unsere Gerichte werfen. Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben seinerzeit aus gutem Grund die Ewigkeitsklausel verfasst. Einzig unserem Volk selbst haben sie mit Artikel 146 ein Fenster gewiesen. das in breitem Konsens seit über 70 Jahren geschlossen bleibt und das wir wegen eines temporären Erscheinens einer EU bestimmt nicht öffnen. Jeder supranationale Angriff auf unsere Verfasstheit – und nichts anders ist dieses Vertragsverletzungsverfahren – legitimiert unsere Forderung nach dem "Dexit" immer ein Stück mehr. Dem Grundgesetz verpflichtet stimmen Sie bitte unserem Antrag zu!



### **Europapolitisches Jahrestreffen in Berlin**

Am zweiten Novemberwochenende fand das Treffen aller AfD-Europapolitiker statt. Fachpolitiker aus den Landtagen und dem Bundestag debattierten hier auf Augenhöhe mit unseren Europaabgeordneten. Natürlich drehte sich wieder alles um den unleidlichen Green Deal, die damit (unter Corona-Vorwand) einhergehende verbotene Verschuldung über Eurobonds und um unsere deutsche Haftung für diesen Unsinn. Die unionsgläubigen Kräfte versuchen, gleich einer Würgeschlange, uns immer mehr einzuengen – bis keine nationale Luft zum Atmen bleibt. In das System eindringen und Widerstand aus der Mitte des Systems leisten, um eine Wende zur früheren FWG zu schaffen – oder ehen DEXIT. Das sind die Varianten.

Der Kampf der EU-Kräfte gegen Polen und Ungarn im Namen der Rechtsstaatlichkeit ist der perfide Schmutzwurf derer, die man auch als vaterlandslose Gesellen (= neudeutsch: Unionsbürger) bezeichnen kann. Diese Übergriffigkeiten sind ärgerlich, doch schlussendlich können sie Wegbereiter einer gerechteren Ordnung werden; einer neuen europäischen Ordnung, die Nationalstaaten wieder Gewicht und Respekt verleiht. Besonders im Lichte des unermüdlichen Einsatzes der polnischen

Sicherheitskräfte, die damit besonders uns vor der Flutwelle beschützen, mit der Lukaschenko einen hybriden Krieg lostreten will, ist die breite Unterstützung des Undankes gegenüber Polen, aber auch gegenüber Ungarn, der schlechteste Start der ökosozialistischen Ampelkoalition.







#### **Anschrift:**

Martin Böhm B.A., MdL Maximilianeum 81675 München

E-Mail: martin.boehm@afd-landtag.bayern

#### **Bürgerbüro:**

Kaulangerstr. 14, 96317 Kronach Austraße 5, 96465 Neustadt/Cbg.

#### Mehr über mich auf:

www.mdl-boehm.de facebook.com/boehm2017 https://t.me/mdl\_boehm



